



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Sinkende Baugenehmigungen: Mehr bezahlbares Bauland wird Schlüsselfaktor für Trendwende

Berlin, 19. September 2019. „Die sinkenden Baugenehmigungen zeigen: Der Wohnungsneubau steht und fällt mit der Ausweisung von ausreichend bezahlbarem Bauland durch die Kommunen. In den A-Städten, in denen der Wohnraumangel am größten ist, fällt der Rückgang bei den Baugenehmigungen besonders stark aus. Neue Wohnungen können nur geplant werden, wenn man auch weiß, wo man sie bauen soll“, warnt BFW-Präsident Andreas Ibel angesichts der heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen von Januar bis Juli 2019.

In diesem Zeitraum wurde der Bau von 196.400 Wohnungen genehmigt, was einem Rückgang um 3,4% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. In neu zu errichtenden Wohnungen sanken die Baugenehmigungen um 4,1%.

Noch stärkerer Rückgang in A-Städten

In den A-Städten fällt der Rückgang noch drastischer aus, wie der BFW-Präsident an den Baugenehmigungszahlen des ersten Halbjahrs 2019 in Hamburg und Berlin illustriert. Obwohl sich die Politik in beiden Städten unterschiedlich stark für den Neubau engagiert, zeigt die Entwicklung der Baugenehmigungen in beiden Fällen: Ohne die Ausweisung von mehr bezahlbarem Bauland wird es keine Trendwende beim Neubau geben.

Hamburg: Ausgewiesene Baulandflächen sind ausgereizt

In Hamburg sind die Baugenehmigungen im Geschosswohnungsbau im ersten Halbjahr 2019 um 36% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eingebrochen, obwohl die Hansestadt im vergangenen Jahr Spitzenreiter unter den sieben A-Städten bei den Baufertigstellungen war. „Hamburg hat Tempo beim Neubau gemacht, vorhandene Flächen aktiviert und die Verfahren bei begonnenen Bauvorhaben beschleunigt“, erklärt Ibel. „Der starke Rückgang bei den Baugenehmigungen des ersten Halbjahres zeigt jedoch: Die ausgewiesenen Baulandflächen sind ausgereizt, die Projekte abgearbeitet. Es ist deshalb unabdingbar, dass nun in großem Maßstab neues Bauland für den Wohnungsneubau ausgewiesen wird“.

Berlin ist Neubau-Verhinderer Nummer Eins

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

In Berlin sind die Baugenehmigungen im Geschosswohnungsbau im ersten Halbjahr 2019 um 13 Prozent zurückgegangen. „Berlin ist der Neubau-Verhinderer Nummer Eins unter den sieben A-Städten“, kritisiert Ibel. „Die Zahl der Grundstücke, die in Bauland umgewandelt wurden, hat sich in den vergangenen beiden Jahren halbiert. Zudem dauert dieser Prozess immer länger: Inzwischen beläuft sich die Dauer eines Bebauungsplanverfahren auf durchschnittlich neun Jahre. Dann rollt aber immer noch kein Bagger – denn dann gehen noch mal ein paar Jahre für das Genehmigungsverfahren ins Land!“

Darüber werden Bauherren durch die zunehmend investorenfeindliche Stimmung, den Mietendeckel und die Enteignungsdiskussion verschreckt“, sagt Ibel weiter. Die Folgen sind bereits jetzt drastisch, resümiert der BFW-Präsident: In einer Umfrage des Landesverbandes Berlin-Brandenburg haben drei Viertel der befragten, mittelständischen Immobilienunternehmen anstehende Investitionen in der Hauptstadt gestoppt.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.